

Deutsche Welle in den Schlagzeilen

In den letzten Wochen geriet die Deutsche Welle gleich mit zwei Themen in die Schlagzeilen. Einerseits geht es um das Angebot in deutscher Sprache, das zum Gegenstand eines „offenen Briefes“ von freien Mitarbeitern des Onlineangebots in Bonn wurde.

Im Vordergrund stehen hier die Nachtstunden zwischen 21.30 und 5.30 Uhr. In diesem Zeitraum werden, so die anonymen Angaben, die bislang eingesetzten zwei Nachrichtenredakteure abgezogen. Anwesend ist dann nur noch ein Startseitenredakteur, der auf eintretende aktuelle Lagen mit der Veröffentlichung von Agenturmeldungen reagieren soll.

Einige Berichte bezifferten diese Nachtücke auf bis zu zehn Stunden. Diese Angabe sei, so heißt es in dem Hintergrundmaterial, deshalb gewählt worden, weil mit Arbeitsbeginn um 5.30 Uhr zwangsläufig nicht sofort ein Beitrag erscheinen könne, sondern zunächst zu verfassen sei.

Intern vorgebrachte Bedenken seien kurz vor Weihnachten von der Intendanz und der Programmdirektion „mit einer Ansammlung von Floskeln beantwortet“ worden. Von der tatsächlichen Umsetzung ab Februar hätten die freien Mitarbeiter erst durch die am 3. Januar verteilten Dienstpläne erfahren.

Die hierzu von der Deutschen Welle ins Feld geführte „Profilschärfung“ bezeichnen die freien Mitarbeiter als „Euphemismus für einen schlichten Abbau des deutschen Angebots“, da es auch bei den Autorschichten zu Kürzungen komme.

Weiter gehen sie auf die Bedeutung der deutschen Sprache für die DW ein und nennen dafür auch interne Faktoren: Ein großer Teil der fremdsprachigen Veröffentlichungen seien Adaptionen deutscher Ursprungstexte. Versuche, hier Englisch in den Vordergrund zu rücken, seien „bislang vielfach gescheitert“. Die Arbeitssprache in den meisten Redaktionen sei weiterhin Deutsch. Ein Versuch, das zu ändern, erscheine „zumindest heikel“.

Für die Außenwirkung berufen sich die Briefautoren auf das DW-Gesetz mit seiner Bestimmung „die Angebote der Deutschen Welle werden in deutscher Sprache sowie auch in anderen Sprachen verbreitet“. Als Vollprogramm geschehe das nur noch online, nachdem der deutsche Fernsehkanal „hauptsächlich Wiederholungen aus dem ARD/ZDF-Kosmos“ enthalte.

Es beginne bereits damit, wie „der nicht fremdsprachenkundige Steuerzahler [sich] darüber einen Überblick verschaffen [kann], was mit seinem Geld gemacht wird“. Der außenstehende Beobachter kann hier etwa Berichte über Entwicklungen in Afrika nennen, von denen andere deutschsprachige Medien überhaupt keine Notiz nehmen. Weiter:

„Die Abschaffung einer 24-Stunden-Versorgung ist ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit, den kein anderer Mitbewerber so gehen würde. Natürlich hat auch France24 den englischen Dienst ausgebaut, aber Kern des Angebots bleibt doch das Original auf Französisch. Die Abschaffung einer deutschsprachigen Berichterstattung dürfte von vielen Beobachtern und Wettbewerbern als Signal der Schwäche interpretiert werden. [...]“

Intern wurde bestätigt: Am Standort Berlin (TV, Teile von Social Media, u.a.) wurde ein Defizit von zwei Millionen Euro erwirtschaftet, welches am Standort Bonn (Online, Hörfunk, Social Media) eingespart werden soll. Rechtfertigt dieses kleine Sparziel wirklich solch dramatische Auswirkungen auf das deutsche Programm? Klar ist, dass ein exorbitant größerer Betrag in den englischen TV-Kanal DW News gesteckt wird – und dieser Betrag steigt stetig.“



Ihre bereits zitierte Befürchtung, mittelfristig könnte das deutschsprachige Onlineangebot ganz eingestellt werden, begründen die Briefautoren auch mit der Personalpolitik: Nach verschiedenen Versetzungen sei der jüngste hier eingesetzte Festangestellte mittlerweile 58 Jahre alt.

Die Darstellungen dieses „offenen Briefes“ wurden von Programmdirektion und Intendanz der Deutschen Welle zurückgewiesen, ohne die einzelnen Aspekte konkret zu kommentieren.

Der langjährige Beobachter sieht sich hier unweigerlich an das Jahr 2008 erinnert. Seinerzeit gab es unter dem Titel „Pro Deutsche Welle“ ein sehr ähnliches Positionspapier, das wirkungslos blieb: Das deutschsprachige Hörfunkangebot der DW wurde 2011 vollständig eingestellt.

Vorgänge in der Arabisch-Redaktion

Das zweite Thema betrifft die Arabisch-Redaktion in Berlin und einen Beitrag der britischen Zeitung „Guardian“, der in eine Kontroverse mündete, die in dieser Schärfe zwischen Medienhäusern nicht unbedingt alltäglich ist.

Dieser Artikel schrieb von „sexueller Belästigung, Rassismus, Antisemitismus und schwerwiegenden Einschüchterungen“, bot dazu aber nur wenige Details. Das betrifft insbesondere die Protagonisten, deren Hintergründe völlig unklar bleiben, was durchaus problematisch ist. Warum, zeigt ein Vorgang aus dem Jahre 2017: Eine ägyptische Tageszeitung verstieg sich in ihrer Berichterstattung über die DW zu einem Nazi-Vergleich.

Nicht erläutert wird auch, warum eine Mitarbeiterin die Atmosphäre im Sender mit einem Gefängnis verglichen haben soll. Hier geht es vermutlich um die direkte Koppelung eines Aufenthaltstitels an das Engagement bei der DW.

Auf den Beitrag des „Guardian“ reagierte die DW mit einer Entgegnung: Es handele sich um mehr als anderthalb Jahre alte Vorwürfe, nach denen man gehandelt habe. Weiter:

„Nach Wahrnehmung der DW handelt es sich bei den anonymen Quellen, die sich seit dem vergangenen Jahr in verschiedenen Veröffentlichungen der ZEIT, der Verdi-Publikation MMM oder jetzt The Guardian haben zitieren lassen, um einzelne Personen, die aus uns nicht bekannten Gründen der DW schaden wollen.“

Noch weiter geht die englischsprachige Fassung dieser Pressemitteilung. Sie enthält einen – was auch sonst? – „offenen Brief“ an die Chefredaktion des „Guardian“, in dem sich Mitarbeiter unter anderem gegen eine Verallgemeinerung von Einzelfällen verwahren.

Der von der DW erwähnte „Zeit“-Artikel beschäftigte sich hauptsächlich mit der Trennung von dem hier als „Starmoderator“ bezeichneten Yosri Fouda. Der MMM-Beitrag konzentriert sich auf den Status freier Mitarbeiter, die bei der DW mittlerweile zwei Drittel der Belegschaft ausmachen. Dazu verweist Verdi auf die fehlende Planungssicherheit durch die von Jahr zu Jahr neu getroffene Entscheidung über den Etat der DW und die für Festanstellungen erforderliche Zuweisung von Planstellen.

Kai Ludwig